



PRESSEKONFERENZ

Aktuelle Gemeinderats-Initiativen der ÖVP Linz:

- **Ideen zur Verbesserung der katastrophalen Verkehrssituation im Linzer Süden**

- **Linz braucht eine Gesamtstrategie im Kampf gegen Drogen**

- **Vize-Bürgermeister Mag. Bernhard Baier**
- **Klubobmann Mag. Martin Hajart**

Dienstag, 23. Jänner 2018

11.30 Uhr

Presseclub, Club-Galerie

Smarte One-Way-Lösung im Mona-Lisa-Tunnel als denkbare Kurzfrist-Maßnahme im Linzer Süden

Anti-Stau-Initiative der ÖVP Linz morgens und am späten Nachmittag zur Rush Hour nach Hamburger Vorbild prüfen

In der Gemeinderatssitzung am kommenden Donnerstag setzt die ÖVP Linz auf die Prüfung eines Richtungswechselbetriebs im Mona-Lisa-Tunnel. *„Diese smarte temporäre One-Way-Lösung könnte zur Entschärfung der katastrophalen Verkehrssituation im Linzer Süden beitragen. Wir fordern nun, dass die Möglichkeit einer Umsetzung unserer Anti-Stau-Initiative zur morgendlichen und abendlichen Rush Hour geprüft wird“*, erklärt **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier**. Mit dieser Maßnahme nach Hamburger Vorbild könnte zu Stoßzeiten stadteinwärts sowie stadtauswärts der stockende Verkehr in Fluss gebracht werden.

Der nur einröhrige Mona-Lisa Tunnel, wo es in den Morgenstunden stadteinwärts und in den Abendstunden stadtauswärts immer wieder zu langen Verzögerungen kommt, gilt als Nadelöhr. Und das obwohl die gegenüberliegende Fahrbahn in den beschriebenen Zeiträumen deutlich weniger befahren ist. Genauere Auskünfte könnte hier eine Verkehrszählung liefern, die der zuständige Verkehrsreferent in Auftrag geben müsste. *„Die Verkehrssituation im Linzer Süden ist schon jetzt massiv angespannt und führt zum tagtäglichen Stauchaos. Es darf aber nicht vergessen werden, dass in den nächsten Jahren mehrere tausende Wohnungen im Stadtteil Ebelsberg/Pichling gebaut werden sollen. Damit wird auch dort das Verkehrsaufkommen weiter zunehmen. Und das ohne jegliches örtliches Verkehrskonzept“*, skizziert **Baier** das Zukunftsszenario für den Linzer Süden. Hier zeigt sich, dass Linz eine nachhaltige Stadtentwicklung fehlt. Zudem lässt das Gesamtverkehrskonzept für die Stadt weiterhin auf sich warten. Verkehrsstadtrat Hein ist hier seit mehr als einem halben Jahr säumig. *„Mit dieser rückwärtsgewandten Verkehrspolitik schüren die Verantwortlichen nicht nur Unmut in der Bevölkerung, sie gefährden den starken Wirtschaftsstandort Linz und wichtige Zukunfts-Jobs.“*

Das Konzept:

Grundsätzlich ist ein Richtungswechselbetrieb für jene Strecken sinnvoll, bei denen zu festen Tageszeiten stark unterschiedliche Verkehrsströme abgewickelt werden. So erfährt beispielsweise tendenziell eine Ein- und Ausfallsstraße morgens eine starke Verkehrsbelastung in Richtung Stadtmitte, wohingegen sich diese Belastung am späten Nachmittag umdreht. Um den Verkehrsablauf in diesem Falle zu verbessern, könnte der verkehrlich stärker belasteten Fahrtrichtung vorübergehend ein Fahrstreifen von der verkehrlich geringer belasteten Fahrtrichtung überlassen werden. Das natürlich nur unter der Voraussetzung, dass für die dann gesperrte Fahrtrichtung zu den genannten Stoßzeiten Ausweichrouten bestehen.

Folgende Fragen sind vom zuständigen politischen Referenten abzuklären:

1. zu welchen Tagesstunden ein Richtungswechselbetrieb grundsätzlich sinnvoll erscheinen würde
2. inwieweit für die etwaig zu den Stoßzeiten gesperrte Fahrtrichtung Ausweichrouten bestehen, bei denen keine Anrainer durch zusätzlichen Verkehr belastet würden
3. welche Maßnahmen ergriffen werden müssten (Bodenmarkierungen, Überkopfanzeiger, etc.) um einen Richtungswechselbetrieb installieren zu können.“

Grundlage, um diese Fragen beantworten zu können, ist eine durchzuführende Verkehrszählung, die der Infrastrukturstadtrat in Auftrag zu geben hätte.

Verkehrsentlastung im Linzer Süden durch Öffi-Ausbau

Viergleisiger Ausbau der Westbahnstrecke sowie Verlängerung der Straßenbahn bis nach Pichling dringend notwendig

Der Süden von Linz wächst immer schneller, doch auch beim angekündigten Ausbau des öffentlichen Verkehrs steht die Stadt Linz auf der Bremse. So wurde zuletzt der Auftrag, 2018 ein Finanzierungskonzept für die Straßenbahnverlängerung zum Bahnhof Pichling dem Gemeinderat vorzulegen, durch mehrheitliche Stimmenthaltung

abgelehnt. Und das obwohl ursprünglich die Straßenbahnverlängerung in den Südpark bereits für 2005 versprochen war. 13 Jahre ist die Bim-Ausbau im Süden nun in Verzug. Mit der Projekterweiterung bis zum Bahnhof Pichling wurde die seitens der Linz AG fertig geplante Straßenbahnverlängerung immer wieder – zuletzt auf 2018 – verschoben.

„Es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass SPÖ und FPÖ die Straßenbahnverlängerung in den Linzer Süden blockieren“, so **Baier**. Denn seit zwei Jahrzehnten wird den Firmen im Linzer Südpark eine Straßenbahnbindung versprochen. Seitdem warten die Unternehmen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Lehrlinge auf die Erfüllung dieses SPÖ-Versprechens. Und das obwohl der frühere SPÖ-Bürgermeister Franz Dobusch bereits am 9. September 2001 ankündigte, dass Ende 2005 die Inbetriebnahme bis zum Südpark Linz realisiert werden soll. 2003 eine weitere Ankündigung Dobuschs für den Linzer Süden, die als leeres Versprechen versandete: „Die Straßenbahnlinie 2 soll bereits ab Ende 2006 am Südpark vorbei bis zum Pichlinger See führen.“ 2010 hat dann der heutige Bürgermeister und damalige Verkehrsreferent Luger die Straßenbahnverlängerung bis zum Südpark bis zum Sommer 2011 zugesagt. Passiert ist bis dato aber nichts.

Eine Initiative der ÖVP, dieses Bauvorhaben wieder auf Schiene zu bringen, scheiterte, weil sich SPÖ und FPÖ konsequent dagegenstellten. Laut FPÖ-Wortmeldung im Gemeinderat soll mit der Straßenbahnverlängerung im Linzer Süden erst im Jahr 2030 zu rechnen sei. Für Vize-Bürgermeister **Bernhard Baier** ein Trauerspiel: *„Seit Jahrzehnten werden bei diesem wichtigen Verkehrs-Zukunftsprojekt ganz ohne Genierer im Staccato Versprechen gebrochen. Mittlerweile sollte die Realisierung der versprochenen Straßenbahnverlängerung nicht nur für den Südpark, sondern auch für die riesigen Wohnbauprojekte im Linzer Süden nicht noch länger in die Zukunft verschoben werden. Dieser stetig wachsende Stadtteil braucht eine ordentliche Öffi-Anbindung.“*

Laut FPÖ ist eine Umsetzung vor 2030 nicht realistisch, da mit einer Inbetriebnahme der viergleisigen Westbahnstrecke nicht vor 2030 zu rechnen sei und erst dann ein dichter S-Bahn Takt angeboten werden könne. Dem steht die Tatsache gegenüber, dass bereits jetzt in den Hauptverkehrszeiten die Anbindung des Bahnhofs Pichling mit zwei Zügen pro Stunde und die Anbindung des Bahnhofs Ebelsberg (als REX-Haltestelle) mit vier Zügen pro Stunde gegeben ist.

Die ÖVP fordert daher in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag den Verkehrsreferenten auf, dem gemeinderätlichen Verkehrsausschuss sachlich umfassend sowohl über die Straßenbahnverlängerung zum Südpark bzw. zum Bahnhof Pichling als auch über die Möglichkeiten zur Taktverdichtung auf der Westbahnstrecke und dem diesbezüglichen viergleisigen Ausbau zu informieren. Dazu sollen auch Vertreter der ÖBB sowie der Linz-Linien in den Ausschuss eingeladen werden.

Anbindung Pichlinger Nahversorger an die Öffis

Der südliche Linzer Stadtteil Pichling ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Per 1.1.2017 waren in diesem Bezirk 7.861 Personen gemeldet. Tendenz ob des zunehmenden Wohnbaus steigend. Fehlende Infrastruktur und steigendes Verkehrsaufkommen werden zum immer größeren Problem. Unverständlich ist deshalb, dass der an der Pichlinger Straße gelegene Nahversorger nur unbefriedigend an Öffis angebunden ist.

„Besonders für ältere Menschen oder jene, die kein Auto zur Verfügung haben, ist eine Anbindung der Nahversorger an öffentliche Verkehrsmittel dringend notwendig um alltägliche Besorgungen erledigen zu können. Darüber hinaus geht es aber um eine grundsätzliche Attraktivierung der Öffis. Wollen wir mehr Linzerinnen und Linzer zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bringen, braucht es ein engmaschiges Öffi-Netz“, erklärt **Klubobmann Martin Hajart**. Zwar gibt es in der Umgebung mit den Haltestellen Drosselweg, Pichling und Raffelstettner Straße Haltestellen der Linz Linien, eine befriedigende Anbindung dieses Nahversorgers an den öffentlichen Verkehr ist damit aber nicht gewährleistet.

Das für die Infrastruktur zuständige Mitglied des Stadtsenats wird ersucht, mit den Linz Linien Kontakt aufzunehmen und eine verbesserte Anbindung des an der Pichlinger Straße ansässigen Nahversorgers an das öffentliche Verkehrsnetz zu erwirken.

Linz braucht eine Gesamtstrategie im Kampf gegen Drogen

Erster Schritt soll die Einrichtung einer städtischen Suchtberatungsstelle sein

Dass repressive Maßnahmen im Kampf gegen die Drogenproblematik wirken, zeigt der Schlag der Polizei gegen eine Linzer Drogenbande in Linz. Die Bande soll nicht nur Rauschgift, konkret Crystal Meth, um mehrere 100.000 Euro verkauft haben, sondern auch Raubüberfälle, Messerstechereien und eine Vergewaltigung verübt haben. Laut Polizei sollen so im vergangenen Jahr insgesamt vier Kilogramm der Designerdroge aus Tschechien und der Slowakei nach Linz geschmuggelt worden sein.

Trotz dieses Erfolgs ist es nicht von der Hand zu weisen, dass Linz dringend ein Drogen-Gesamtkonzept braucht. Das zeigt auch die unveränderte Situation in der Unterführung Hinsenkampplatz als Linzer Drogen- und Gewalt-Hotspot. Der unterirdische Treffpunkt gilt zwar seit Jahren grundsätzlich als Problemgebiet, im Frühjahr 2017 hat sich jedoch die Situation verschärft. Die Polizei reagiert dankenswerterweise mit einer „Aktion Scharf“, versucht mit gezielten Drogen-Planquadraten dem Problem Herr zu werden. Doch nach wie vor muss die Polizei mehrmals wöchentlich vor Ort einschreiten. Dass die Exekutive, die angespannte Situation nicht alleine lösen kann, ist selbstredend.

Die ÖVP Linz fordert daher eine städtische Gesamt-Drogen-Strategie. *„Es braucht einen Aktionsplan für Linz. Auch wenn die drogenfreie Stadt realistischere Weise ein Wunschtraum bleiben wird, müssen gemeinsame Schritte im Kampf gegen den Missbrauch von Suchtmitteln und damit einhergehender Kriminalität gesetzt werden“*, fordert Klubobmann **Martin Hajart** eine vermehrte Zusammenarbeit aller Verantwortlichen – *Politik, Exekutive, Suchtpräventions-Experten, Streetwork, etc.* Den neben den repressiven Maßnahmen, die sich gegen den Handel mit illegalen Drogen richten, braucht es außerdem gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen.

Als ersten Schritt in die richtige Richtung fordert **Hajart** in der Gemeinderatssitzung am kommenden Donnerstag die Einrichtung einer städtischen Suchtberatungsstelle nach Welser Vorbild. *„Die Stadt Wels beispielsweise bearbeitet die Themen Sucht und*

Prävention auf einer breiten Basis und bietet selbst Beratungsstellen zu diesen Themen an, an die sich Betroffene wenden können. Bei Problemen können entsprechende Fachleute um fachliche Expertise und Rat gefragt werden“, ein Modell, das Hajart auch für die Stadt Linz nachahmenswert findet. Die Devise müsse bei dieser gesellschaftlichen Problematik klar „Hinschauen und nicht wegschauen“ lauten, richtet der Klubobmann einen Appell an Sozial- und Gesundheitsreferenten, endlich zu handeln.

Als Vorbild nennt **Hajart** auch die Wiener Sucht- und Drogenstrategie 2013. Dort hat man schon seit dem Jahr 1999 ein eigenes Drogenkonzept, das sich sehr gut bewährt. Wichtig wäre, dass alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen und gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen sowie den Lebensraum Stadt übernehmen. Eine gemeinsam erarbeitete fundierte Drogenstrategie sowie eine regelmäßige Abstimmung der Stakeholder untereinander werden mit Sicherheit zielführend sein. Die Prävention beginnt bereits im Kindesalter. *„Nur so kann das Problem an der Wurzel gepackt werden und sich nachhaltig etwas ändern.“*

Angespannte Drogen-Situation

Die Kriminalstatistik 2016 zeigt für Linz eine Steigerung der Delikte in nur einem Jahr von 18,8 Prozent auf. Es ist von einem sprunghaften Anstieg des Drogenhandels in Linz die Rede. Die Stadt liegt damit im OÖ-Vergleich an der Spitze. Für Klubobmann **Martin Hajart** macht eine Linzer Sucht- und Drogenstrategie vor allem deswegen Sinn, weil das Drogenproblem im Ballungsraum naturgemäß verstärkt auftritt und es eine differenzierte Herangehensweise gegenüber dem ländlichen Raum braucht.

„Linz braucht ein Gesamtkonzept, das Prävention, aktive Betreuung und Begleitung von Suchtkranken sowie Maßnahmen der Exekutive beinhaltet. Wir müssen miteinander an einer Lösung arbeiten, um den Betroffenen in ihren prekären Lebenssituationen zu helfen und Kinder und Jugendliche durch Prävention schützen“, erklärt Hajart. Denn auch führende Persönlichkeiten in der Suchtprävention verweisen darauf, dass man mit guter Sozialpolitik steuernd eingreifen, Abhängigkeiten reduzieren und die Dealer möglichst von Schulen und Jugendzentren fernhalten kann.

Hajart appelliert daher an Sozial- und Integrationsstadträtin Hörzing sowie Sicherheits- und Gesundheitsreferent Wimmer, die Problemlagen anzugehen. ***Dazu zählt als Grundlage eine Analyse der Linzer Drogenszene, die Darstellung der Anzahl der Anzeigen bzw. Verurteilungen, die Anzahl der Suchtkranken, etc. Darauf aufbauend sollte gemeinsam erarbeitet werden, wie auf die verschiedenen Problemlagen reagiert werden soll, wobei in diesem Zusammenhang auch klar die Zuständigkeiten der unterschiedlichen Stakeholder festgehalten werden. Die Schnittstellenproblematik soll dadurch geklärt und schlussendlich optimiert werden. Vermieden soll vor allem werden, dass sich unterschiedliche Institutionen gegenseitig die Schuld für etwaige Versäumnisse zuschieben.***

Die ÖVP Linz hat bereits im Oktober 2016 einen Gemeinderatsantrag zur Erarbeitung einer Linzer Sucht- und Drogenstrategie mit Handlungsfeldern auf kommunaler Ebene gestellt, der allerdings von SPÖ und FPÖ abgelehnt wurde. Alle anderen Fraktionen hätten damals zugestimmt. Im April 2017 gab es einen neuerlichen Anlauf der ÖVP Linz bei dieser wichtigen gesellschaftlichen Thematik einen Stein ins Rollen zu bringen.